

Haldensleben, den 20.06.2022

Niederschrift

über die 27. Tagung des Wirtschafts- und Finanzausschusses der Stadt Haldensleben am 14.06.2022,
von 18:00 bis 20.35 Uhr

Ort: im Rathaus der Stadt Haldensleben, Markt 22, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Mario Schumacher

Mitglieder

Herr Burkhard Braune

Herr Thomas Feustel

Frau Sabrina Püschel

Frau Anja Reinke

Frau Roswitha Schulz

Frau Doris Trautvetter

sachkundige Einwohner

Herr Jürgen Jacob

von der Verwaltung

Herr Oliver Karte

Herr Michael Schneidewind

Herr Lutz Zimmermann

Frau Elke Engel

Frau Ruth Felske

Technik:

Herr Dirk Raupach

Herr Moritz Scholz

Abwesend:

Frau Nicole Job entschuldigt

Herr Martin Feuckert – entschuldigt

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 19.04.2022
4. Einwohnerfragestunde
5. Antrag der CDU/FDP-Fraktion - Vorgezogene Überarbeitung der Flächennutzungspläne HDL
Vorlage: A-066(VII.)/2022
6. Antrag der CDU/FDP-Fraktion - Bereitstellung Arztstipendium
Vorlage: A-067(VII.)/2022
7. Jahresabschluss 2017 der Stadt Haldensleben
Vorlage: 295-(VII.)/2022
8. Erleichterungen zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung des kommunalen Jahresabschlusses
2021 - Vorlage: 298-(VII.)/2022
9. Mitteilungen
10. Anfragen und Anregungen

II. Nichtöffentlicher Teil

11. Abstimmung über den nichtöffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 19.04.2022
12. Grundstücksangelegenheit
Vorlage: 132-H(VII.)/2022
13. Grundstücksangelegenheit
Vorlage: 133-H(VII.)/2022
14. Grundstücksangelegenheit
Vorlage: 296-(VII.)/2022
15. Grundstücksangelegenheit
Vorlage: 289-(VII.)/2022
16. Grundstücksangelegenheit
Vorlage: 297-(VII.)/2022
17. Mitteilungen
18. Anfragen und Anregungen

I. Öffentlicher Teil

zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher eröffnet die heutige Sitzung. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt; es sind 6 Ausschussmitglieder anwesend; der Ausschuss ist beschlussfähig. Der sachkundige Einwohner, Herr Jürgen Jacob, nimmt ebenfalls an der Sitzung teil. Von der sachkundigen Einwohnerin Frau Nicole Job und dem sachkundigen Einwohner Herrn Martin Feuckert liegen Entschuldigungen vor.

zu TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung. Ausschussvorsitzender Mario Schumacher unterbreitet den Vorschlag, im nichtöffentlichen Teil den TOP 16 vorzuziehen und nach TOP 11 aufzurufen, da zu diesem Tagesordnungspunkt Gäste eingeladen sind.

Einwände zu dem Vorschlag gibt es nicht; somit stellt der Ausschussvorsitzende die Tagesordnung mit der Änderung der Reihenfolge im nichtöffentlichen Teil zur Abstimmung.

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form *einstimmig* angenommen und gilt damit als festgestellt.

zu TOP 3 Abstimmung über den öffentlichen Teil der Niederschrift zur Tagung vom 19.04.2022

Schriftlich liegen dem Ausschussvorsitzenden keine Einwendungen gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 19.04.2022 vor. Der öffentliche Teil der o.g. Niederschrift wird von den Ausschussmitgliedern einstimmig bestätigt.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Einwohner I/14.06.2022

Der Einwohner möchte von der Verwaltung wissen, wie hoch die Kosten lt. Vertrag mit der Telekom für den Breitbandausbau sind. Weiter möchte er wissen, wie viel Fördermittel eingeflossen sind. Hat die Stadt in diesen Vertrag Geld eingespielt? Gab es von der Telekom irgendwelche Cashback-Zahlungen, d.h., eine Spende oder finanzielle Aufwendungen, die an die Stadt zurückgeflossen sind. Das interessiert ihn.

Bloß mal zur Information, die Telekom baut in Hundisburg aus und die vier letzten Häuser in der Hundisburger Straße in Althaldensleben werden durch die Telekom an das Breitband angeschlossen. Also man kann sich gar nicht vorstellen, welcher Unsinn hier stattfindet.

Wenn Abteilungsleiter Lutz Zimmermann es richtig verstanden habe, möchte der Einwohner I wissen, wie die Eckdaten des Fördermittelbescheides für den geförderten Ausbau aussahen. Das kann er ad hoc nicht beantworten; die Antwort wird schriftlich gegeben.

Die Frage des Einwohners, ob die Stadt irgendwelche Cashback-Zahlungen von der Telekom bekommen hat, verneint Abteilungsleiter Lutz Zimmermann.

zu TOP 5 Antrag der CDU/FDP-Fraktion - Vorgezogene Überarbeitung der Flächennutzungspläne HDL - Vorlage: A-066(VII.)2022

Im Namen der CDU/FDP Fraktion verliest der Ausschussvorsitzende den vorliegenden Antrag:

„Die Fraktion CDU/FDP beantragt hiermit, mit der Überarbeitung der Flächennutzungspläne der Stadt Haldensleben und seiner Ortsteile zeitnah im laufenden Haushaltsjahr 2022 zu beginnen und damit vorzuziehen. Die finanziellen Mittel sind dafür bereitzustellen bzw. im Haushaltsplan umzuschichten oder gegebenenfalls auch andere „finanzielle Maßnahmen“ zu ergreifen, damit die Umsetzung erfolgen kann.

Wie der Tagesordnung zu entnehmen ist, werden weitere Gewerbeflächen benötigt und mit der Intel-Ansiedlung werden nicht nur zusätzliche Gewerbeflächen benötigt, sondern auch Wohnbauflächen. Von daher sollte Haldensleben frühzeitig beginnen, die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, d.h., die Flächennutzungspläne zu überarbeiten, um den Bedarf, der sich auch für das Umfeld ergibt, abdecken zu können.“

Stadträtin Anja Reinke hatte im Bauausschuss bereits diesen Vorschlag unterbreitet, weil dringend neue Gewerbeflächen benötigt werden. Insofern kann sie diesen Antrag nur begrüßen.

Auf die Frage von Stadträtin Roswitha Schulz, ob die Überarbeitung des Flächennutzungsplanes vorgezogen werden muss oder ob der Prozess bereits begonnen hat, gibt Amtsleiter Micheal Schneidewind zur Antwort, dass die Überarbeitung des FNP regulär für das Jahr 2023 mit 50.000 € im Haushalt eingeplant ist. Für das Jahr 2022 sind 25.000 € für die Überarbeitung des Landschaftsplanes eingestellt. Die Überarbeitung des Landschaftsplanes ist die Voraussetzung für die Überarbeitung des FNP. Die Kosten für die Überarbeitung des FNP bemessen sich nach den Änderungsbereichen. Seitens der Verwaltung wird eingeschätzt, dass im nächsten Jahr voraussichtlich 60.000 € eingeplant werden müssten. Abgesehen von den fachlichen Voraussetzungen ist es so, dass die personelle Situation im Bauamt seit längerer Zeit sehr angespannt ist, um ein schnelleres Verfahren umsetzen zu können. Das Ansinnen ist klar, aber im aktuell gültigen FNP stehen noch 79 ha für Gewerbeflächen zur Verfügung, die erst einmal erworben werden müssen. Darüber hinaus verfügt die Stadt, durch Bebauungspläne untermauert, noch über 109 Eigenheimstandorte, so dass aktuell nicht die Not für ein Vorziehen in das Jahr 2022 gesehen werde. Finanziell müssten im nächsten Jahr die finanziellen Mittel aufgestockt werden, um Flächenankäufe tätigen zu können.

Während der Ausführungen von Amtsleiter Schneidewind kommt Stadtrat Burkhard Braune hinzu; somit sind 7 Ausschussmitglieder anwesend.

Es gehe nicht nur um Gewerbegrundstücke und Baugrundstücke für Einfamilienhäuser, sondern es geht auch um Geschosswohnungsbau und auch um Flächen für Solarparks oder Windenergieanlagen. Wenn Haldensleben jetzt nicht handelt, haben andere Kommunen einen Vorsprung, gibt Stadträtin Anja Reinke zu bedenken. Die Gelder sollten jetzt zur Verfügung gestellt werden, um aktuell Handeln zu können.

Herr Jürgen Jacob, sachkundiger Einwohner, schließe sich der Meinung von Frau Reinke an.

Wenn man sich die Tagesordnung für den Bauausschuss anschaut, erkennt man, dass bereits kurzfristig Änderungen im FNP für den Ortsteil Satuelle erfolgen müssen, wenn man die Unternehmen am Standort halten will. Ausschussvorsitzender Mario Schumacher möchte noch einmal auf die Dringlichkeit der Überarbeitung des FNP hinweisen, es sollte nicht bis 2023 gewartet werden, sondern es sollte zumindest noch im Jahr 2022 begonnen werden. Was den Personalbestand im Bauamt betrifft, sollten Planungsbüros hinzugezogen werden, um unterstützend tätig zu sein. Um einen gewissen Vorlauf zu haben, bittet der Ausschussvorsitzende dem Antrag der CDU/FDP-Fraktion zuzustimmen, trotz geringer Personaldecke.

Der stellv. Bürgermeister, Herr Oliver Karte, geht noch einmal auf die Personalsituation im Bauamt ein. Mehrfache Ausschreibungen blieben erfolglos. Selbst bei der Beauftragung eines externen Unternehmens müsse

der Prozess durch die Mitarbeiter des Bauamtes begleitet werden. Die Bereitstellung der finanziellen Mittel könne nur durch Umschichtung erreicht werden. D.h., es muss den Stadträten klar sein, dass dann finanzielle Mittel für andere Projekte nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen *einstimmig, bei 1 Stimmenthaltung*, dem Stadtrat, mit der Überarbeitung der Flächennutzungspläne der Stadt Haldensleben und seiner Ortsteile zeitnah im laufenden Haushaltsjahr 2022 zu beginnen und damit vorzuziehen. Die finanziellen Mittel sind dafür bereitzustellen bzw. im Haushaltsplan umzuschichten oder gegebenenfalls auch andere „finanzielle Maßnahmen“ zu ergreifen, damit die Umsetzung erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Stimmenthaltung (einstimmig bei einer Enthaltung)

zu TOP 6 **Antrag der CDU/FDP-Fraktion - Bereitstellung Arztstipendium**
Vorlage: A-067(VII.)/2022

Beginnend verliest auch bei diesem Antrag der Ausschussvorsitzende im Namen seiner Fraktion den Antrag.

„Die CDU/FDP-Fraktion beantragt die Herbeiführung eines Grundsatzbeschlusses zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur Stipendienvergabe zwischen der

Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt

und

der Stadt Haldensleben

zum Zwecke der Nachwuchsförderung verbunden mit den Bedingungen einer späteren ambulanten Tätigkeit in Haldensleben. Ziel soll die Einrichtung von drei Stipendien zur Sicherung der ambulanten medizinischen Versorgung in Haldensleben und seinen Ortsteilen sein. Die Kosten belaufen sich für die max. Regelstudienzeit, 6 Jahre und 3 Monate, auf 700,-€ bis 800,-€ pro Monat und Stipendium. Für Weiterbildungen belaufen sich die Kosten auf 200,-€/Monat über 5 Jahre pro Stipendium. Die Priorität soll sich am Bedarf orientieren. (siehe Begründung) Ziel soll es aber vorrangig sein, einen Kinderarzt/ eine Kinderärztin zu gewinnen. Die notwendigen Mittel sind bis auf Weiteres ab dem Haushaltsjahr 2023 in den Haushalt einzustellen.

Im Weiteren sollen zusätzliche Leistungen angeboten werden:

- Hilfe bei der Wohnungs- oder Grundstückssuche
- Bereitstellung von KITA- und/oder Krippenplätzen“

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher möchte anmerken, dass die Thematik bereits wohlwollend fraktionsübergreifend im Schul- Sozial-, Kultur- und Sportausschuss bestätigt worden ist. Allerdings gehe es nicht nur um Kinderärzte/innen, sondern es fehlen auch Allgemeinmediziner im ländlichen Raum. Sich jetzt auf eine Fachrichtung festzulegen, halte er für verfrüht. Der Fraktion komme es mit dem Antrag erst einmal darauf an, einen Grundsatzbeschluss in dieser Richtung zu fassen.

Grundsätzlich befürwortet Stadträtin Anja Reinke den Antrag, aber es werden mit dem Antrag nicht die eigentlichen Ursachen bekämpft bzw. das grundsätzliche Problem gelöst. Durch die Fehlentscheidungen in der Landesregierung, sprich durch die Hochschulstrukturreform wurden Studiengänge geschlossen, so dass es für die Anzahl der Studenten zu wenig Studienplätze an den Standorten Magdeburg und Halle gibt. Es fehlen nicht nur Mediziner, sondern auch Ingenieure, Architekten und Lehrer usw.. Mit dem Beschluss und mit städtischen Geldern sollen die Fehler der Landesregierung korrigiert werden. Es muss gegenüber der Landesregierung klargestellt werden, dass es so nicht weitergeht.

Mit diesem Antrag wolle erreicht werden, dass die medizinische Versorgung in Haldensleben künftig sichergestellt werden kann, so der Ausschussvorsitzende. Fest steht, dass das ein generelles Problem ist, das nicht auf kommunaler Ebene, sondern dringend im Landtag geklärt werden muss bzw. evtl. auch im Kreistag.

Stadträtin Roswitha Schulz sehe hier auch die Bundesregierung in der Pflicht. Um als Stadt die Aufgaben hier vor Ort wahrnehmen zu können, müssten ca. 200.000,00 € aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt werden. Das ist eine beträchtliche Summe. Sie ist dafür diesen Grundsatzbeschluss zu fassen, aber man sollte mit den Kreisen, die dieses Modell bereits praktizieren, Kontakt aufnehmen und sollte sich deren Erfahrungen z.B. bei der Vertragsgestaltung zunutze machen.

Es ist ein langer Prozess und Ausschussvorsitzender Mario Schumacher gehe davon aus, dass die Details in den Fachausschüssen dann sukzessive thematisiert werden müssten. Jetzt gehe es erst einmal nur um den Grundsatzbeschluss, ob der Stadtrat dazu bereit ist.

In der Sitzung des Schul-, Sozial-, Kultur- und Sportausschusses wurde der Antrag bereits thematisiert, da die Verwaltung mit der Recherche nach Antragseingang begonnen hatte, teilt der **stellv. Bürgermeister Herr Oliver Karte** mit. Wird im Stadtrat der Grundsatzbeschluss gefasst, sind die Gelder im Haushalt einzustellen. Da die finanziellen Aufwendungen für die Stadt erheblich sind, müsste im Laufe des Prozesses noch geklärt werden, soll es 1 Student oder sollen es 3 Studenten sein, ab wann soll das Stipendium gezahlt werden und wie soll der Vertrag gestaltet werden. Die Verwaltung habe bereits Kontakt zur Kassenärztlichen Vereinigung hergestellt. Eine finanzielle Unterstützung von dort ist nicht zu erwarten, wie es noch bei anderen Städten der Fall war. Die Stadt habe auch nicht das Know-how das Auswahlverfahren zu begleiten, insofern müsse man sich hier ebenfalls der Kassenärztlichen Vereinigung bedienen, die vermutlich den Vertrag mit den Auszubildenden eingehen werde oder zumindest die Stadt in dem Prozess unterstützt. In einem nächsten Schritt wird die Verwaltung eine Beschlussvorlage erarbeiten, soweit erst einmal der Stand.

Ausschussvorsitzender Mario Schumacher ruft den Grundsatzbeschluss zum Antrag der CDU/FDP-Fraktion **Vorlage: A-067(VII.)/2022- Bereitstellung Arztstipendium - zur Abstimmung** auf.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen (einstimmig)

zu TOP 7 **Jahresabschluss 2017 der Stadt Haldensleben**
Vorlage: 295-(VII.)/2022

Amtsleiter Michael Schneidewind gibt anhand einer Präsentation Erläuterungen zum Jahresabschluss 2017, die vom Ausschuss zur Kenntnis genommen werden.

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen *einstimmig* dem Stadtrat:

1. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2017 wird aufgrund des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Haldensleben zum Jahresabschluss 2017 gemäß § 120 (1) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt bestätigt.
2. Dem Hauptverwaltungsbeamten wird gemäß § 120 (1) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt für das Haushaltsjahr 2017 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen (einstimmig)

zu TOP 8 **Erleichterungen zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung des kommunalen Jahresabschlusses 2021 - Vorlage: 298-(VII.)/2022**

Die Mitglieder des Wirtschafts- und Finanzausschusses empfehlen *einstimmig* dem Stadtrat:

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben beschließt die Anwendung des Runderlasses „Erleichterung zur Beschleunigung der Aufstellung und Prüfung kommunaler Jahresabschlüsse“ entsprechend der Beschlussfassung vom 03.12.2020, Beschluss-Nr. 129-(VII.)/2020, sowie die Anwendung der Ergänzung zum Runderlass vom 15.10.2020 für den Jahresabschluss 2021.

In Abänderung des Beschlusses vom 03.12.2020 wird der erste wieder vollständig und korrekt aufzustellende Jahresabschluss 2022 dem Rechnungsprüfungsamt bis 30.06.2023 übergeben.

Dem Rechnungsprüfungsamt steht die Möglichkeit zur Anwendung von Prüfungserleichterungen offen. Ob und in welchem Umfang das Rechnungsprüfungsamt von Prüfungserleichterungen zur Beschleunigung der Jahresabschlüsse Gebrauch macht, liegt in dessen jeweiligen Ermessen.

Hierbei wird der Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit des Rechnungsprüfungsamtes gem. § 139 Abs. 1 KVG LSA Rechnung getragen.

Der Stadtrat der Stadt Haldensleben nimmt dieses zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen

Der **TOP 9** und der **TOP 10** entfallen; es liegen im öffentlichen Teil keine Mitteilungen vor und es werden keine Anfragen gestellt bzw. Anregungen gegeben.

gez. Mario Schumacher
Ausschussvorsitzender

gez. Ruth Felske
Protokollantin